

1772/AB XX.GP

Auf die - aus Gründen der besseren Übersichtlichkeit in Kopie beigeschlossene - schriftliche parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Dr. Andreas Khol und Kollegen vom 14. Jänner 1997, Nr. 1 729/J, an den Herrn Bundeskanzler, betreffend spezielle Probleme der Exekutive aufgrund des Strukturanpassungsgesetzes, beehre ich mich - die Zuständigkeiten in dieser Angelegenheit sind infolge der Novellierung des Bundesministeriengesetzes auf das Bundesministerium für Finanzen übergegangen - folgendes mitzuteilen:

Zu 1. und 2.:

Wie mir berichtet wird, haben solche Gespräche mit Vertretern der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst und der Exekutivgewerkschaft bereits mehrmals stattgefunden, zuletzt am 9. Jänner 1997.

Zu 3. bis 5.:

Die bereits aufgenommenen Gespräche dienen der Abklärung und Verhandlung der einzelnen Forderungen der Dienstnehmervertretungen. Vor deren Abschluß ist mir, wofür ich um Verständnis ersuche, die Beantwortung dieser Fragen nicht möglich.

Zu 6.:

Die Erarbeitung und Vorlage konkreter gesetzlicher Vorschläge ist erst nach Abschluß der Verhandlungen mit den Dienstnehmervertretungen möglich.